

Niederschrift
der Sitzung des Jugendhilfeausschusses
- öffentlicher Teil -

| | |
|---|---|
| <u>Tag:</u> | 02.12.2015 |
| <u>Ort:</u> | Schwanseestraße 17, Cafeteria |
| <u>Beginn:</u> | 17:30 Uhr |
| <u>Ende:</u> | 18:50 Uhr |
| <u>Anwesend:</u> | |
| Fraktion DIE LINKE. | Körper, Jana , |
| Fraktion SPD | Stadelmann, Bernhard , |
| Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | Bolle, Ines , |
| Fraktion weimarwerk bürgerbündnis e.V. | Harke, Corina , |
| stimmberechtigte Mitglieder | Albrecht, Frank , Engelhardt, Stefan , Faßnacht, Joachim , Unger, Yvonne , |
| Vertreter | Hofmann, Michael ,Vertretung für Herrn Ralf Schumann Hollnack, Karoline ,Vertretung für Herrn Virginie Klemm Märten, Kristin ,Vertretung für Frau Anita Vogel |
| <u>Abwesend:</u> | |
| Fraktion CDU | Günzler, Heidrun , |
| Fraktion DIE LINKE. | Fuchs, Sarah , |
| Fraktion SPD | Klemm, Virginie , |
| Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | Höfer, Rebekka , |
| stimmberechtigte Mitglieder | Schumann, Ralf , Vent, Maria , Vogel, Anita , |

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift vom 28.10.2015
- 3 Haushalt 2016/2017
 - aktueller Stand Haushaltsaufstellung
 - vorläufige Haushaltsführung ab 01.01.2016*angefragt: Oberbürgermeister/ Finanzdezernent, Herr Stefan Wolf*
- 4 Beratung und Beschlussfassung zur Vergütung der Pflegefamilien gemäß den Empfehlungen des Deutschen Vereins
- 5 Beratung und Beschlussfassung zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit
01.01.2016 bis 31.07.2016
- 6 Beratung und Beschlussfassung Schuljugendarbeit
- 7 Beratung und Beschlussfassung zur Verlängerung des Jugendförderplanes bis
31.12.2019
- 8 Beratung und Beschlussfassung Änderungssatzung zur Satzung über die Förderung in Kindertagespflege
- 9 Interessenbekundungsverfahren unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche sowie Pflegefamilienaufruf
BE: AL Frau Bauer und Leiterin ASD Frau Wiesner
- 10 Informationen der Verwaltung
- 11 Sonstiges

zu TOP 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|-----------------------------|--|--------------|--------------|
| | Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form. | | |
| Abstimmungsergebnis: | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 11 | 0 | 0 |

zu TOP 2 Bestätigung der Niederschrift vom 28.10.2015

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 28.10.2015.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|-----------------------------|---|--------------|--------------|
| Beschluss: | Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 28.10.2015. | | |
| Abstimmungsergebnis: | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 10 | 1 | 0 |

zu TOP 3 Haushalt 2016/2017

- aktueller Stand Haushaltsaufstellung
 - vorläufige Haushaltsführung ab 01.01.2016
- angefragt: Oberbürgermeister/ Finanzdezernent, Herr Stefan Wolf

Frau Harke führt aus, dass der Oberbürgermeister zur Sitzung eingeladen wurde, um über den Stand der Haushaltsaufstellung zu informieren. Da er verhindert ist, hat er Herrn Früh gebeten, diesen Termin wahrzunehmen. Herr Früh hat Herrn Kleine darüber informiert, dass er, bedingt durch einen privaten Notfall, ebenfalls verhindert ist. Herr Kleine wird versuchen, einige Informationen zu geben. Zum nächsten Jugendhilfeausschuss am 13.01.2016 wird der Oberbürgermeister erneut eingeladen. Frau Harke geht davon aus, dass Herr Früh diesen Termin wahrnehmen wird.

Herr Kleine erläutert, dass es momentan keinen unterschriftsreifen Haushaltsentwurf gibt. Der aktuelle Fehlbetrag beläuft sich auf 4 Mill. Euro. Im Pressegespräch hat der Oberbürgermeister darüber informiert, dass die Stadt mit dem LVA im Gespräch ist, um diesen Fehlbetrag von 4 Mill. Euro erst im Jahr 2017 wirksam werden zu lassen. Diese Möglichkeit wäre hilfreich, sonst wird es sehr schwierig einen Haushalt für 2016 aufzustellen.

Weiterhin ist vorgesehen, einen Stadtratsbeschluss zu erarbeiten, um die Legitimation zu erhalten, den Trägern, die Leistungen für die Stadt erbringen, Mittel auszureichen. Der Jugendförderplan 2015 -2017 ist das größte Paket, er geht nicht davon aus, dass dieser infrage gestellt wird. Schwierig könnte es im Bereich der Kleinen Förderrichtlinie werden. Er hofft, dass die Mittel, ähnlich wie 2015, ausgereicht werden können, doch im Detail kann er dazu wenig sagen, da er nicht in der Tiefe eingebunden ist.

Herr Kleine verweist auf die Pflichtaufgaben im Jugendbereich, dort werden die Gelder sicherlich wie bisher ausgereicht, Schwierigkeiten sieht er dort, wo keine Leistungsvereinbarungen vorliegen.

Herr Kleine räumt ein, dass diese Informationen recht knapp sind. Er verweist noch einmal auf die Gespräche mit dem LVA. Es scheint eine Möglichkeit zu geben, den Haushaltsentwurf für 2016 zu erstellen.

Herr Engelhardt informiert darüber, dass die AG 78 getagt und diskutiert hat. Dort hat man einen Brief an den Oberbürgermeister formuliert, der an das Protokoll angehängt wird. Herr Albrecht fragt, ob es tatsächlich so ist, dass kein Haushalt aufgestellt wurde. Herr Kleine antwortet, dass man einen Haushalt erarbeitet hat, es aber nicht gelingt, diesen auszugleichen. Solange es keinen ausgeglichenen Haushalt gibt, kann der Entwurf nicht vorgelegt werden.

Herr Faßnacht führt aus, dass der Jugendhilfeausschuss eine Mittelanmeldung beschlossen hat. Das ist die momentane Arbeitsgrundlage. Er bezieht sich auf das Schreiben des Oberbürgermeisters an die Träger und findet die darin getroffenen Aussagen problematisch, auch im Hinblick auf die Kleine Förderrichtlinie. Herr Faßnacht fragt nach dem Arbeitsstand im Bereich der Kleinen Förderrichtlinie, beim Träger SOS Kinderdorf und dem Jugendförderverein.

Frau Kriependorf antwortet, dass die Auszahlungen im Bereich der Kleinen Förderrichtlinie abgeschlossen sind.

Herr Faßnacht fragt nach Anmerkungen der Träger.

Frau Kriependorf antwortet, dass man beim Träger SOS Kinderdorf derzeit das Besserstellungsgebot prüft. Diese Prüfung soll im Laufe der Woche abgeschlossen werden.

Frau Harke empfindet die Informationslage zum Haushalt sehr unbefriedigend. Sie hofft darauf, im kommenden Stadtrat mehr Informationen zu erhalten.

zu TOP 4 Beratung und Beschlussfassung zur Vergütung der Pflegefamilien gemäß den Empfehlungen des Deutschen Vereins

Frau Wiesner erläutert, dass sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch der Stadtrat sich dazu bekannt haben, die Leistung von Pflegeeltern dahingehend zu würdigen, dass sie nach den Empfehlungen des Deutschen Vereins entgolten werden. Beide Gremien haben das bereits mit dem Haushaltsbeschluss unterstrichen. Dennoch ist ein förmlicher Beschluss im Jugendhilfeausschuss nötig, der jetzt nachgeholt werden soll.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|-----------------------------|---|--------------|--------------|
| Beschluss: | Der Jugendhilfeausschuss beschließt, Pflegefamilien gemäß der Empfehlungen des Deutschen Vereins zu vergüten. | | |
| Abstimmungsergebnis: | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 11 | 0 | 0 |

zu TOP 5 Beratung und Beschlussfassung zur schulbezogenen Jugendsozialarbeit 01.01.2016 bis 31.07.2016

Herr Keune erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung und plädiert dafür, die notwendige Kontinuität an den verschiedenen Schulstandorten zu sichern.

Herr Engelhardt informiert über die Diskussion im Unterausschuss Jugendförderung und darüber, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Herr Keune führt aus, dass man im Bereich der schulbezogenen Jugendsozialarbeit erstmals auf ein gesamtes Schuljahr zurückblicken kann. Die derzeitige Förderung endet am 31.12.2015, deshalb ist ein erneuter Beschluss zur Fortführung bis zum 31.07.2016 nötig. Er informiert darüber, dass die Förderrichtlinie derzeit vom Land überarbeitet wird. Laut Aussagen vom Freistaat wird der Personalschlüssel derzeit angepasst. Kommunen mit hohen Schülerzahlen würden danach mehr Mittel und demzufolge mehr Personal bekommen.

Herr Keune bewertet die Arbeit der Schulsozialarbeit sehr positiv und verweist auf steigende Fallzahlen. Alle Bereiche, die in der Förderrichtlinie beschrieben werden, werden bedient. Er plädiert noch einmal für Kontinuität.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------------------|---|--------------|--------------|-----------|--|-----------|--------------|--|-----------|---------------|--|-----------|---------------|--|-----------|-----------------------|--|-----------|-------------|--|-----------|------------------|--|-----------|----------------------|--|-----------|--------------|--|-----------|------------------|--|-----------|
| <u>Beschluss:</u> | <p>Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Fortführung der schulbezogenen Jugendsozialarbeit vom 01.01.2016 bis zum 31.07.2016 wie im Folgenden dargestellt:</p> <p>In Trägerschaft des Förderkreis JUL gGmbH</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">RS Musäus</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">1,000 VbE</td> </tr> <tr> <td>RS Schöndorf</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> <tr> <td>RS Pestalozzi</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1,000 VbE</td> </tr> <tr> <td>RS Parkschule</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1,000 VbE</td> </tr> <tr> <td>GY Friedrich Schiller</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> <tr> <td>GY Humboldt</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> </table> <p>In Trägerschaft des AWO Kreisverband Jena-Weimar e.V.</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 70%;">GS Johannes Falk</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> <tr> <td>GS Albert Schweitzer</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1,000 VbE</td> </tr> <tr> <td>GS Schöndorf</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> <tr> <td>GS Lucas Cranach</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0,500 VbE</td> </tr> </table> <p>Koordination Amt für Familie und Soziales: 0,500 VbE</p> | | | RS Musäus | | 1,000 VbE | RS Schöndorf | | 0,500 VbE | RS Pestalozzi | | 1,000 VbE | RS Parkschule | | 1,000 VbE | GY Friedrich Schiller | | 0,500 VbE | GY Humboldt | | 0,500 VbE | GS Johannes Falk | | 0,500 VbE | GS Albert Schweitzer | | 1,000 VbE | GS Schöndorf | | 0,500 VbE | GS Lucas Cranach | | 0,500 VbE |
| RS Musäus | | 1,000 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| RS Schöndorf | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| RS Pestalozzi | | 1,000 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| RS Parkschule | | 1,000 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GY Friedrich Schiller | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GY Humboldt | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GS Johannes Falk | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GS Albert Schweitzer | | 1,000 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GS Schöndorf | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| GS Lucas Cranach | | 0,500 VbE | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 11 | 0 | 0 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

zu TOP 6 **Beratung und Beschlussfassung Schuljugendarbeit**

Herr Engelhardt verweist auf den in den Unterlagen beigefügten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur schulbezogenen Jugendarbeit. Auch dieser Vorschlag wurde im Unterausschuss Jugendförderung einstimmig zur Beschlussempfehlung an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet. Herr Engelhardt informiert darüber, dass dort in der letzten Sitzung ein Brief der Direktorin der RS Schöndorf diskutiert wurde, mit der Bitte an der Schuljugendarbeit festzuhalten (siehe Unterlagen zur Sitzung vom 02.12.2015). Außerdem verweist er auf eine Unterschriftenliste der SchülerInnen der RS Schöndorf, die sich dafür einsetzen, dass ihr Schülercafé erhalten bleibt.

Herr Keune erläutert den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Er führt aus, dass die Antragssumme über der Summe der vorhandenen Mittel lag und erklärt die Verteilung. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Maßnahmen und Projekte.

Herr Brommont ergänzt, dass der Beschlussvorschlag mit dem Staatlichen Schulamt Mittelthüringen abgestimmt ist.

Frau Hollnack kritisiert den Verteilungsschlüssel und spricht sich dafür aus, die Gelder prozentual zu verteilen. Sie möchte wissen, wie der Unterausschuss Jugendförderung dazu diskutiert hat. Frau Hollnack stellt den Antrag, die Mittel prozentual zu verteilen.

Herr Engelhardt antwortet, dass es keine solche Diskussion gab. Er verweist auf die Eigenmittel der einzelnen Schulen. Während das Humboldt Gymnasium 2.500 Euro einbringen kann, sind es bei der RS Schöndorf nur 200 Euro. Er möchte so eine Diskussion nicht haben. Wenn der Antrag von Frau Hollnack beschlossen wird, soll das Thema noch einmal im UA Jugendförderung behandelt werden. Er stellt dazu einen Antrag.

Frau Bolle spricht sich dafür aus, das Aktivitätslevel der einzelnen Schulen nicht zu diskutieren.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|------------------------------------|--|--------------|--------------|
| <u>Beschluss:</u> | Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass das Thema in den Unterausschuss Jugendförderung zurückverwiesen wird, wenn dem Antrag von Frau Hollnack stattgegeben wird. | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 9 | 2 | 0 |

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|------------------------------------|--|--------------|--------------|
| <u>Beschluss:</u> | Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Mittel für die schulbezogene Jugendarbeit gemäß dem Vorschlag von Frau Hollnack verteilt werden. | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 1 | 4 | 6 |

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|------------------------------------|---|--------------|--------------|
| <u>Beschluss:</u> | Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die Mittel für die schulbezogene Jugendarbeit nach dem Beschlussvorschlag der Verwaltung verteilt werden. | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 9 | 2 | 0 |

Frau Harke schlägt vor, dass das Thema grundsätzlich noch einmal im Unterausschuss Jugendförderung aufgegriffen wird.

Herr Engelhardt sagt das zu und verweist darauf, dass man in dem Zusammenhang auch über den Termin der Antragsstellung diskutieren wird.

zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung zur Verlängerung des Jugendförderplanes bis 31.12.2019

Herr Ermisch führt aus, dass der Jugendförderplan 2015 - 2017 im Januar angelaufen ist. Dafür wurden die Handlungsfelder verändert, es wurden neue Projekte aufgenommen und es gab Neuausrichtungen bereits bestehender Projekte und Maßnahmen. Anfang 2016 wird die Jugendförderung erstmals in der Lage sein, die angelaufenen Projekte und Maßnahmen einzuschätzen. Parallel dazu werden die Fischerstudie und mit ihr die Sozialdaten auf einen aktuellen Stand gebracht. Er stellt die Vorgehensweise anhand eines Zeitplans (siehe Anhang) vor.

Herr Brommont ergänzt, dass bereits der vorangegangene Jugendförderplan wegen der Fischer-Studie um ein Jahr verlängert wurde. Er macht auf die solide Datenbasis aufmerksam, die Grundlage für die Entscheidung für den Jugendförderplan 2015 – 2017 war. Weiterhin macht Herr Brommont auf die aktuelle gesellschaftliche Lage aufmerksam. Auch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen muss gut durchdacht und vorbereitet werden. Alles zusammen kostet Zeit, die man nicht hat, wenn der künftige Plan bereits ab 2018 in Kraft treten soll.

Frau Hollnack fragt, wer die dreijährige Laufzeit festlegt.

Frau Bauer antwortet, dass es eine Mindestlaufzeit von einem Jahr gibt, ansonsten können die Kommunen individuell über die Laufzeit entscheiden.

Herr Engelhardt ergänzt, dass der Jugendförderplan einmal in der Legislaturperiode aufgestellt werden muss.

Herr Albrecht kann sich der Argumentation von Herrn Brommont und Herrn Ermisch anschließen.

Herr Engelhardt berichtet aus dem Unterausschuss Jugendförderung. Dort wurde die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Herr Kleine weist darauf hin, dass ein Beschluss zur Verlängerung nur im Stadtrat gefasst werden kann. Derzeit ist die Verwaltung damit beschäftigt ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen. Er wirbt dafür, den Beschlussvorschlag nicht gleich im Januar auf die Tagesordnung zu setzen. Er schlägt vor, damit zu warten, bis es einen Beschluss bzw. eine Aussage zum Haushalt gibt.

Herr Albrecht widerspricht Herrn Kleine. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt. Er verweist auf die fachliche Begründung der Laufzeitverlängerung. Wenn der Stadtrat dem Vorschlag nicht folgen kann, dann hat er sicher seine Gründe. Andererseits haben Politiker an der Erarbeitung des Jugendförderplanes 2015 – 2017 mitgewirkt, das wird sicher noch einmal in den Fraktionen besprochen.

Frau Unger schließt sich der Argumentation von Herrn Albrecht an.

Frau Hollnack ist der Ansicht, dass die Stellung des Jugendförderplanes dadurch gestärkt wird. Es ist auch ein Zeichen dafür, dass der Jugendhilfeausschuss nicht mehr Mittel fordert. Die Beschlussvorlage soll im Januar in den Stadtrat.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|------------------------------------|--|--------------|--------------|
| <u>Beschluss:</u> | Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Laufzeit des Jugendförderplanes 2015 – 2017 bis zum 31.12.2019 zu verlängern. | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 11 | 0 | 0 |

zu TOP 8 Beratung und Beschlussfassung Änderungssatzung zur Satzung über die Förderung in Kindertagespflege

Frau Harke erläutert, dass es einen Fehler in der Satzung für die Tagesmütter gab.

Herr Kleine erläutert die Änderungssatzung. Inhaltlich gab es keine Änderung, es gibt lediglich eine Präzisierung zum Rechtsanspruch. Der ist ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gegeben.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

| | | | |
|------------------------------------|--|--------------|--------------|
| <u>Beschluss:</u> | Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Förderung in Kindertagespflege zu beschließen. | | |
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | Ja-Stimmen | Enthaltungen | Nein-Stimmen |
| | 11 | 0 | 0 |

**zu TOP 9 Interessenbekundungsverfahren unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche sowie Pflegefamilienauf-
BE: AL Frau Bauer und Leiterin ASD Frau Wiesner**

Frau Bauer führt aus, dass es im Zusammenhang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern zwei Verfahren gab, das Interessenbekundungsverfahren sowie den Pflegefamilienauf- ruf. Zum Pflegefamilienauf- ruf gab es eine Info-Veranstaltung in der Cafeteria der Stadtver- waltung, an der ca. 70 bis 80 Personen teilgenommen haben. Dort wurde allgemein über das Verfahren, die Zielgruppe und die damit verbundenen Besonderheiten sowie über alternative Formen (bspw. Patenschaften) informiert. In die ausgelegten Listen haben sich elf Interes- senten eingetragen. Mit diesen Personen wird man sich Anfang 2016 treffen, um ein Verfah- ren zu entwickeln.

Frau Wiesner informiert über das durchgeführte Interessenbekundungsverfahren zur Betreuung und Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Kinder und Jugendlichen. Daran haben sich die Stiftung Dr. Georg Haar, die Diakonie, die AG Fallschirm, das DRK, die AWO, die HTG, KiJuLa, der Träger JUL und weitere beteiligt. Ab dem 01.02.2016 können demnach 36 Plätze im stationären Bereich für die Zielgruppe zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt sollen es im Jahr 2016 77 Plätze werden. Damit kann man das prognostizierte Kontingent erfüllen. Es ist angedacht, Angebote im stationären Bereich auch in Koppelung mit ambulanten Maßnahmen anzubieten. Eine Vermittlung an Pflegeeltern ist ohne einen Übergang nicht denkbar. Es hängt auch von den Kindern und Jugendlichen ab, ob sie in einer Gastfamilie untergebracht werden wollen.

Aktuell ist die Stadt für die Aufnahme von 15 unbegleiteten minderjährigen Kinder- und Jugendlichen vorbereitet. Dazu gibt es eine Übergangsvariante in der Jugendherberge am Etersberg. Die Jugendlichen werden aus Gera bzw. Erfurt zugewiesen. Mit beiden Stellen ist man im Gespräch. Die Träger stehen bereit, haben einen Trägerverbund gegründet und speisen das Personal ein.

Herr Stadelmann möchte wissen, wie man Einfluss nehmen kann auf den Personenkreis, der in Weimar ankommen wird.

Herr Kleine antwortet, dass man diesbezüglich keine Möglichkeiten hat.

Frau Wiesner macht darauf aufmerksam, dass es im Bereich Amtsvormundschaft und wirtschaftliche Jugendhilfe personelle Verstärkung geben muss, die vom Land finanziert wird. Auf Nachfrage von Herrn Faßnacht verliest Frau Wiesner eine Liste mit Trägern, deren zugesagte Anzahl an Plätzen und der vorgesehenen Terminstellung.

Herr Faßnacht verweist darauf, dass sowohl die Stadt, als auch die Träger, Verpflichtungen eingegangen sind.

zu TOP 10 Informationen der Verwaltung

Herr Kleine kündigt einen Grundsatzbeschluss zur Veräußerung der Villa Lustig an. Er erläutert das Verfahren bis zu einem Stadtratsbeschluss.

Herr Kleine informiert den Jugendhilfeausschuss darüber, dass es ab dem 01.04.2016 eine Erhöhung der laufenden Geldleistungen für Kinder in Kindertagespflege geben wird.

Frau Bauer skizziert die vorgesehenen Geldleistungen und verweist auf die Mehrkosten für die Stadt.

Herr Kleine fügt hinzu, dass diese Sätze vom Land festgelegt wurden. Das Land beteiligt sich nicht an den Mehrkosten.

Auf Nachfrage von Frau Harke antwortet Herr Kleine, dass man intern prüfen muss, ob die Satzung dazu angepasst werden muss.

Frau Bauer informiert darüber, dass im Januar die Bedarfsplangespräche stattfinden werden. Im Anschluss daran wird geprüft, ob der Bedarfsplan, bedingt durch die aktuelle Lage, angepasst werden muss.

zu TOP 11 Sonstiges

Frau Harke bittet darum, die Termine für Jugendhilfeausschusssitzungen 2016 zu verschieben.

gez. Ralf Ermisch